Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Poln.-Oberschl. 12 Gr. für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 115 | Mittwoch, den 25. September 1929 | 78. Jahrgang

Pilsudskis unzeitgemäße Klagen

Die Antwort des Sejmmarschalls an den Kriegsminister
Keine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Sejm möglich

Warschau. In einer Unterredung mit Pressevertretern antwortet Sejmmarschall Daszynski dem Kriegsminister Pilsudski in einer ungewohnt scharfen Weise. Unter dem Titel: Unzeitgemäße Klagen stellt der Sejmmarschall zunächst fest, daß kein Zusammenhang zwischen seiner Besprechung mit Marschall Pilsudski und der Regierungskonferenz bestehe. Die Regierung trat an ihn mit der Bitte um Vermittlung heran, um eine Konferenz mit dem Seniorenkonvent des Sejm zustande zu bringen. Die seinerzeitige Unterredung mit Pilsudski hatte den Zweck, dem Marschall klarzulegen, entweder den Sejm aufzulösen, oder eine Zusammenarbeit herbeizuführen. Der bisherige Zustand sei untragbar und der Sejmmarschall war der Ansicht, daß sowohl die PPS. als auch die Wyzwolenie bereit wären, eine Mehrheit im Sejm zu schaffen, die die wichtigsten Fragen erledigen sollen. Der Kriegsminister habe eine solche Zusammenarbeit kathegorisch abgelehnt, der Sejmmarschall findet es nicht zeitgemäß seine damaligen Ausdrücke gegen den Sejm wiederzugeben. Pilsudski hat den Sejmmarschall an Slawek und den Ministerpräsidenten verwiesen, die mit ihm über eine eventuelle Einberufung des Sejms verhandeln sollten, was seitens des Sejmmarschalls abgelehnt wurde. Daszynski weist darauf hin, daß die Klagen über den Sejm mindestens unzeitgemäß sind, denn nach den Beschimpfungen der Abgeordneten, den vielen Erklärungen gegen das Parlament ist es unverständlich, wenn die Regierung am 16. September das Bedürfnis hatte, mit den Abgeordneten zusammenzukommen, um mit ihnen außerhalb des Sejms Budgetfragen zu besprechen. Es ist merkwürdig, so sagt Daszynski, daß man jetzt auf seine Unterredung zurückkommt, nachdem die Konferenz nicht zustande kam. Sowohl Slawek als auch Switalski wären in Ferien gegangen und hatten keine Veranlassung auf die Besprechung mit dem Sejmmarschall zurückzukommen, jetzt, nachdem sich die Regierung eine Niederlage geholt habe, will man dafür Dritte verantwortlich machen. Vor allem hätte der Sejmmarschall nicht erwartet, daß man auf seine Unterredung zwecks Einberufung des Sejms zurückkomme, nachdem der Marschall vor dem Staatsgerichtshof Erklärungen abgegeben habe, die jede Zusammenarbeit mit dem Sejm ausschließen.



Hoher türkischer Offizier in Berlin

In der Reichshauptstadt ist Kenan Pascha, der Chef der Operations-Abteilung des türkischen Generalstabs, eingetroffen, um militärische und wirtschaftliche Studien zu betreiben. Kenan Pascha gilt als einer der befähigsten Offiziere der türk. Armee und besitzt das besondere Vertrauen des Gazi.



Aufstandsbewegung gegen Tschiangkaischek

Der Zerfall Chinas schreitet fort

Peking. Sonntag fand unter dem Vorsitz Marschalls Tschiangkaischeks eine Sitzung des chinesischen Kabinetts statt, an der auch die Vertreter des Vollzugsausschusses der Kuomintang teilnahmen. Tschiangkaischek erklärte, daß die Aufstände, die in der letzten Zeit in Südchina ausgebrochen seien, für China nicht gefährlich seien. Die Nanking-Regierung besitze genügend Rücken, um die Aufstände niederzuwerfen. Tschiangkaischek erklärte weiter, daß die Aufstandsbewegung von der kommunistischen Internationale unterstützt werde, um Unruhe in China zu stiften. Das chinesische Kabinett sprach Marschall Tschiangkaischek sein Vertrauen aus.

Ausbreitung der Aufstandsbewegung

Tokio. Wie eine japanische Telegraphen-Agentur meldet, ist auch in der Provinz Fokien ein Aufstand gegen die chinesische Regierung ausgebrochen. Der Oberbefehlshaber der Aufständischen, General Tschengsoguja, habe die Städte Jungtschun und Tschangtschau besetzt.

In der Provinz Hupei haben am Sonntag die ersten Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Nankingtruppen stattgefunden. Chinesische Kriegsschiffe beschossen zwei Stunden lang die Stadt Itschang. Den Aufständischen gelang es, ein chinesisches Torpedoboot zu nehmen.

Marschall Feng und General Jenjischan telegraphierten der Nankingregierung, daß sie die aufständische Bewegung nicht unterstützten. Sie würden auch weiterhin der Nankingregierung treu bleiben.

Unterstützung des Aufstandes durch eine Großmacht?

Peking. Wie aus Schanghai gemeldet wird, erklärte Tschiangkaischek am Sonntag auf einer Versammlung der Kuomintang, daß die Nankingregierung genügend Truppen zur Verfügung habe, um die Aufstandsbewegung in der Provinz Hupei zu unterdrücken. Er behauptete u. a., daß diese gegen Nanking gerichtete Aufstandsbewegung von einer Großmacht unterstützt werde, die Interesse an neuen Unruhen in China habe. Es sei auch sicher, daß Kommunisten die Hand im Spiele hätten. Er werde nicht eher zurücktreten, als bis die von ihm erstrebte Einigung Chinas vollkommen erreicht sei. Die Anhänger der Aufstandsbewegung in Hupei würden vor ein Kriegsgericht gestellt und gegen die Führer dieser Bewegung würde ein Strafverfahren wegen Hochverrates eingeleitet werden.

Neuer Aufstand in Amoy

Tokio. Nach soeben im japanischen Außenministerium eingetroffenen Nachrichten ist in Amoy ein neuer Aufstand ausgebrochen, in dessen Verlauf die Vertreter der Nanking-Regierung verhaftet und die Truppen der Nanking-Regierung entwaffnet worden seien. Statt der Kuomintangflagge sei die alte chinesische Fahne wieder aufgezogen worden.

Schlußarbeiten in Genf

Genf. Die Schlußarbeiten der Vollversammlung haben am Montag eingesetzt. Die meisten Bänke weisen bereits große Lücken auf. Die Versammlung nahm die Neuwahl der Kontrollkommission vor, die im Rahmen der Völkerbundsarbeit die Kontrolle der Bewilligung der Ausgaben des Völkerbundes zu leisten hat. Gegen den Einspruch Norwegens wurde auf Vorschlag des Präsidiums eine fünfgliedrige Kommission gewählt, bestehend aus Lord Neston (England), Graf Moltke (Dänemark), Osuski (Tschechoslowakei), Parra-Perez (Venezuela), und Reveillaud (Frankreich). Eine deutsche Kandidatur war bedauerlicherweise nicht aufgestellt worden, obwohl derartige Pläne bereits seit längerer Zeit bestanden. Man hatte erwartet, daß der Abgeordnete Prälat Kaas von der deutschen Abordnung als Kandidat für die Kontrollkommission in der Deutschland noch nicht einmal vertreten war, aufgestellt und zweifellos wohl auch gewählt worden wäre.

Auf Vorschlag des schweizerischen Bundesrates, Motta, beschloß sodann die Vollversammlung die Tagung der nächsten Völkerbundsversammlung erst am 10. September statt wie bisher am 1. Montag des September beginnen zu lassen.

Ferner wurde ein Sonderausschuß aus Dr. Benesch, Dr. Breitscheid, Lord Robert Cecil, Bundesrat Motta und Villegas (Chile) eingesetzt, der auf Grund der Vorschläge des englischen Außenministers Henderson Maßnahmen zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Vollversammlung prüfen und auch besonders die notwendig gewordene Verbesserung der hygienischen Bedingungen durchführen soll. Es sind verschiedene andere Baulichkeiten der Stadt Genf in Aussicht genommen, in denen die Vollversammlung in Zukunft tagen soll, da der Reformationssaal sich als völlig unzulänglich erwiesen hat. Ein Kredit von 50 000 Francen ist dazu dem Generalsekretär zur Verfügung gestellt worden. Der schweizerische Bundesrat Motta wies bei der Aussprache darauf hin, daß die Uebersetzung der Reden in die andere der beiden amtlichen Sprachen unbedingt vereinfacht werden müsse, um Zeit zu gewinnen. Ferner drückte er den dringenden Wunsch aus, daß die Vollversammlungen nicht wie bisher in den letzten Tagen in überstürzter Hast und Eile die Arbeiten zu Ende führen. Auch die große Aussprache zu Beginn der Vollversammlung müsse ohne Ueberstürzung und ohne Leidenschaft in einer Woche zu Ende geführt werden.

Die Vollversammlung hielt in den letzten Tagen täglich zwei Sitzungen ab, um das umfangreiche Arbeitsprogramm möglichst bis Mittwoch abend zum Abschluß bringen zu können. Am Donnerstag findet dann noch eine Ratstagung statt, in der die Oppelner Zwischenfälle zur Sprache kommen sollen, sodaß die Tagung voraussichtlich am Donnerstag zu Ende geht.

Koalitionskrise in der Tschechoslowakei

Neuwahlen als einzige Lösung

Prag. Das tschechoslowakische Parlament nahm am Montag das Handschreiben des Präsidenten der Republik zur Kenntnis, in dem der laufende Tagungsabschnitt für beendet erklärt wird. Die Herbsttagung, die nach der Verfassung im Oktober beginnen muß, ist vorläufig nicht einberufen worden. Der Tagungsabschnitt hat ein jähes und man kann sagen unerwartetes Ende gefunden. Es ist das erste Mal in der Geschichte des tschechoslowakischen Parlamentarismus, daß der Tagungsabschnitt des bereits einberufenen Parlamentes für geschlossen erklärt worden ist. Daraus erklärt sich der ganze Ernst der innerpolitischen Lage, die durch das Scheitern der Koalitionsverhandlungen entstanden ist. Die Tatsache, daß Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen, hat man bereits überall als unabwendbar hingenommen. In deutschen aktivistischen Kreisen glaubt man, daß die Krise einen raschen Verlauf nehmen wird. Man zweifelt, daß die Wahlen im Besitzstande der einzelnen Parteien namhafte Aenderungen bringen werden.

Masarik gegen Neuwahlen

Prag. Wie aus Topoltschan, dem Sommersitz des Präsidenten Masarik, gemeldet wird, haben am Sonntag langwierige Besprechungen zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten Udrzal statgefunden. Udrzal ist am Sonntag abend nach Prag abgereist. Wie aus gut unterrichteter Quelle gemeldet wird, führt er das von Masarik unterzeichnete Auflösungsdekret des Abgeordnetenhauses bei sich, doch soll noch nicht feststehen, ob er davon Gebrauch machen wird.

Nach einer anderen bisher unbestätigten Meldung aus Preßburg soll sich Präsident Masarik gegen Neuwahlen ausgesprochen haben.

Deutsch-polnische Grenzverkehrs-Verhandlungen in Danzig

Danzig. Am Montag traten Vertreter der deutschen Reichsregierung und der polnischen Regierung in Danzig zusammen, um den Vertrag vom 30. Dezember 1924 über den Grenzverkehr zwischen Deutschland und Polen einer Nachprüfung zu unterziehen und zu erneuern. Die polnische Regierung hatte sich mit der deutschen dahin verständigt, daß diese Verhandlungen ebenso wie die des Jahres 1924 in Danzig stattfinden. Die deutsche Abordnung setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Vorsitzender Gesandter Dr. Eckardt, Ministerialrat Wolff (Reichsministerium des Innern), Oberregierungsrat Krause (Reichsministerium des Innern), Ministerialrat Zweck (Reichsministerium der Finanzen) und Hofrat Poppe (Auswärtiges Amt). Die Danziger Regierung ist an diesen Verhandlungen nicht beteiligt.

Breitscheids Bericht über den Zollfrieden

Genf. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid erstattete in der Montagsitzung der Vollversammlung den Bericht über die Wirtschaftstätigkeit des Völkerbundes, der in seinen Grundzügen bereits aus den Ausschußverhandlungen bekannt ist. Das Kernstück des Berichtes bildet der Vorschlag der Zollwaffenstillstandskonferenz:

1. Einladung sämtlicher Mächte bis zum 31. Dezember 1929, ihre Teilnahme an einer diplomatischen Zollwaffenstillstandskonferenz bekannt zu geben,
2. die Prüfung der Antworten der Regierungen durch den Völkerbundsrat,
3. Einberufung einer diplomatischen Konferenz der zustimmenden Staaten Ende Januar 1930,
4. weitere Verhandlungen zwischen den Staaten, die das Zollfriedensabkommen abgeschlossen haben.

Der Gedanke des Zollfriedens bildet das einzige praktische Ergebnis der diesjährigen Völkerbundstagung, während auf den anderen Gebieten keine Fortschritte erzielt, ja andere wesentliche Fragen nicht einmal praktisch in Angriff genommen worden sind.

Berlinfahrt des „Graf Zeppelin“ bereits am 1. Oktober?

Hamburg. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, hat der Luftschiffbau in Friedrichshafen den Fahrtenplan in einigen Punkten abgeändert. So findet die große Berlinfahrt nicht am 5. und 6. Oktober statt, sondern bereits am 1. oder 2. Oktober. Die Schweizer Fahrt ist, wie die Fahrt nach Berlin, bereits ausverkauft. Die Hollandfahrt wird auf Grund zahlreicher Wünsche von 14 auf 18 Stunden verlängert.

Die neue litauische Regierung

Die alten Minister ohne Woldemaras — Die Krise noch nicht beigelegt

Kowno. Die amtliche litauische Telegraphenagentur verbreitet soeben folgende Meldung: Am Montag hat der neuernannte Ministerpräsident Tubelis dem Staatspräsidenten die Liste seines Kabinetts überreicht, die folgende Namen aufweist: Ministerpräsident, Finanzminister und Außenministers Tubelis, Landwirtschaftsminister Aliksa (wie bisher), Kriegsminister Oberst Variakojes (bisher Verkehrsminister), Innenminister Oberst Musteikis (wie bisher), Justiz Szelinskas (wie bisher), Kultusminister Schakenis (wie bisher), Verkehrsminister Bileischis (neu). Der Staatspräsident hat die ihm überreichte Liste bestätigt.

Das Ministerkabinett ist demnach, abgesehen von dem Ausscheiden Woldemaras, fast ganz unverändert geblieben. Neu hinzugekommen ist lediglich der Ingenieur Bileischis, der Vorstandsmitglied der Partei der Tautininkai ist. In Anbetracht der Verhandlungen, die, wie bekannt geworden ist, seitens des Staatspräsidenten mit dem bisherigen Ministerpräsidenten geführt wurden, um ihn zum Eintritt in das neue Kabinett zu bewegen und ferner in Anbetracht dessen, daß der Außenministerposten freigeblieben ist, wird hier verschiedentlich die Auffassung vertreten, daß Woldemaras schließlich doch noch auf den Posten des Außenministers zurückkehren wird. Dagegen spricht der Umstand, daß die neue Ministerliste von der bisherigen kaum abweicht und die Regierungskrise gerade auf tiefer gehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Woldemaras und den übrigen Ministern zurückzuführen ist.

Zurück zu Deutschland

Das Ergebnis der Heidelberger Saarbesprechungen.

Heidelberg. Die letzten Besprechungen vor den Pariser deutsch-französischen Saarverhandlungen am Montag in Heidelberg haben einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen, und in den wichtigsten Fragen die Uebereinstimmung zwischen den Regierungsvertretern und den Saarbeauftragten ergeben. Besonders wertvoll war es für die deutsche Abordnung und ihren Wortführer, Staatssekretär von Simson, sich über die Auffassung der Bevölkerung des Saargebietes zu unterrichten und deren einmütige Haltung, wie sie in den Ausführungen der Vertreter aller Saarparteien zum Ausdruck kam, kennen zu lernen. Diese Auffassung des gesamten Saargebietes läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Saarländer wollen keinen Zoll breit deutschen Landes opfern und den Saargrubenbesitz gleichfalls ohne Einschränkung Deutschland erhalten. Auf diese Grundforderungen haben sich sämtliche Parteien des Saargebietes festgelegt. Sie sind eher bereit, bis 1935 auszuharren, als auch nur einen Finger breit nachzugeben. Sie wünschen, daß die Gruben in die Hände der deutschen Staatsmacht übergehen und für alle Zukunft vor dem Zugriff der Franzosen gerettet werden. Auf handelspolitischem Gebiet verlangen die Saarländer die Rückkehr des Saarlandes ins deutsche Zollgebiet, doch halten sie eine Uebergangszeit für notwendig, um wirtschaftliche Härten zu vermeiden, da das Saargebiet 11 Jahre in besonders enger wirtschaftlicher Beziehung zu Frankreich gestanden hat. Die Franzosen verlangen eine noch längere Uebergangszeit, die von den Saarländern nicht unbedingt abgelehnt werden wird, da die begünstigte Ausfuhr saarländischer Waren und Roherzeugnisse nach Frankreich für das Saargebiet von großem Vorteil ist. Abschließend sei erwähnt, daß der am Montag eingesetzte Saarausschuß, der die deutsche Abordnung beraten soll, vor allem als Organ gedacht ist, das der saarländischen Bevölkerung gegenüber die Verantwortung für die Verhandlungen in Paris übernimmt.

Entschließungen zum Artikel 19

Genf. Der Unterausschuß der Kommission für Rechtsfragen hat am Montag die Beratung über den chinesischen Antrag hinsichtlich der Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundspaktes (Ueberprüfung unanwendbar gewordener internationaler Verträge) nach neuen Verhandlungen abgeschlossen und eine Entschließung ausgearbeitet, die am Dienstag der ersten Kommission zur Annahme vorgelegt werden wird. In der Entschließung heißt es, daß ein Mitgliedsstaat des Völkerbundes an die Vollversammlung den Antrag stellen kann, die Vollversammlung möge feststellen, ob ein internationaler Vertrag unanwendbar geworden ist und den Frieden der Welt gefährde. Der Antrag wird sodann auf dem gestrigen geschäftsordnungsmäßigen Wege erledigt, d. h. die Vollversammlung überweist den Antrag dem zuständigen Ausschuß, in dem die Aussprache über den Antrag stattfindet.

Wintervorbereitungen der russischen Grenzarmee

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind in den Gebieten von Chabarowsk und Wladiwostok die Jahrgänge 1905 und 1906 einberufen worden. Die Einberufenen sollen als Armierungstruppen bei der Sonderarmee Blücher Verwendung finden. — Nach weiteren Meldungen wurde in Chabarowsk eine Kundgebung veranstaltet, laut der General Blücher ankündigte, daß seine Armee an der Grenze überwintern werde.

Noch immer keine Ruhe in Palästina

Jerusalem. Der Sonderberichterstatter der TU. meldet: In Jaffa sind seit einigen Tagen zahlreiche Araber am Werk, durch Verteilung von Flugschriften zum Boykott jüdischer Waren aufzufordern. Die englischen Behörden haben nunmehr eine umfassende Jagd auf die Werber veranstaltet und zahlreiche Personen verhaftet. In der galiläischen Kolonie Mischmar Haynhrden haben Beduinen neuerdings wieder Raubüberfälle verübt.

Habib Ullah in Bedrängnis

Kupfer- und Lederwährung.

London. Berichten aus Peschawar zufolge ist die Lage in Kabul außerordentlich kritisch. Es herrscht ein großer Mangel an Lebensmitteln sowie an Soldaten und Geld. Sämtliche Truppen befinden sich an der Front, um die Stellung Habib Ullahs zu verteidigen. Habib Ullah hat die von König Aman Ullah gedruckten Noten in Umlauf gesetzt und außerdem eine Kupfer- und Lederwährung eingeführt. — Die Duranis, die Kandaher erobert haben, haben General Nadir Khan um Hilfe gebeten, um die Stadt halten und ihren Vormarsch auf Kabul fortsetzen zu können.



Eine Folge der Trockenheit

Auch bei Dresden ist der Wasserspiegel der Elbe in geradezu erschreckendem Maße gefallen.

Die Brandstifterin

Roman von Erich Ebenstein

43. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Da aber vertritt ihm Rosel entschlossen den Weg.

„Wirst doch nit fort wollen, noch eh du mir „Grüß Gott“ gesagt hast, Toni?“ fragte sie halblaut mit einem schmerzlichen Zucken um den Mund.

„Grüß Gott, Frau Beidler —“ murmelt er unsicher. „Ich möchte lieber draußen auf die Jula warten — bin ja nur mitkommen, weil ich denkt hab', die Kathl wär' noch da — aber jetzt —“

„Weil ich da bin, willst fort!“ unterbricht ihn Rosel. „Und nit einmal mein' Namen hast du dir merken können! Hätt's nit geglaubt, daß du die Großreicher-Rosel, mit der du schon als Kind gespielt hast, so ganz vergessen könntest, Toni!“

Er sieht nicht den wehen Zug in ihrem Gesicht, das ihm stolzer und schöner als je erscheint, seit das Leid seine geheimnisvolle Schrift hineingezeichnet hat. Er sieht nur eine milde, blaue Sommernacht vor sich, in der ein weicher Mädchenleib sich trotzig aus seinem ihn zärtlich stützenden Arm gerissen hat —.

Und trotzig sagt er: „Hab' nix vergessen, aber dieselbige Rosel hat mir's gesagt: „Behüt Gott auf Nimmerwiedersehen!“ Und aufdrängen tu ich mich nit, wenngleich ich ein armseliger Knecht bin — der Niemand für die noble Stadtfrau!“

Rosel sieht ihn stumm an mit einem rätselhaften Blick, den er sich nicht zu deuten weiß. Dann sagt sie tonlos:

„Ja so — nachher geh' halt.“

Jula, die schon im Begriff gewesen ist, in die Stube zu treten, war wie angewurzelt stehen geblieben während des leise und rasch geführten Gesprächs der beiden. Sie kann nicht alles verstehen, aber das, was an ihr Ohr dringt, sagt ihr genug.

„Diese also ist's, die in Tonis Leben die Sonne ausgelöscht hat — die Rosel! Wie ihr selbst einst der Vater, so hat's die Rosel dem Goldner-Toni gemacht, und wohl aus demselben Grund, weil er eben bloß ein armer Bursch ist.“

Bitterkeit steigt in ihr auf, aber dann sieht sie in der Rosel verstörtes Gesicht und liest darin eine ganz andere Schrift als Hochmut und Geldstolz —.

Sie atmet tief auf und springt im nächsten Augenblick mit einem munteren Lachen Toni nach, der schon die Hüttentür geöffnet hat.

„Nix da, durchbrennt wird nit, du! Mit mir bist kommen und bei mir bleibst, bis ich mich ein bissel ausplauscht hab' mit der Rosel! Wär' nit schlecht, wenn du mich jetzt auf einmal allein lassen möchtest!“

„Ich erwarte dich draußen, Jula.“

„Daß ich nicht lach'! Was hast denn verloren draußen in der Finsternis, wo's da herin in der Stuben bei der Rosel so gut und kommod sitzen ist? Gelt, Rosel, er darf nit fort?“

„Ist eh Platz genug in der Stuben,“ lautet die Antwort. „Aber gegen seinen Willen kann ich niemand halten. Der Toni wird wohl selber wissen, wo's ihm besser taugt — draußen in Nacht und Kälten oder herin in meiner Hütten!“

„Na siehst! Jetzt sei gescheidt, Toni — mußt ja die Rosel schon arg beleidigen, wenn du jetzt wirklich gehn tätst!“

Zögernd tritt der Bursche zurück und folgt der plötzlich ungewöhnlich lebhaft und gesprächig gewordenen Jula in die Stube.

Rosel tut, als sähe sie es gar nicht. Sie ist an den Herd getreten, rührt im Kessel, wo Knödel kochen, geht an den Küchenschrank, wo sie Rauchfleisch, Butter und Brot holt — alles rein mechanisch, ohne zu wissen, was sie tut.

Das Herz klopft ihr zum Zerspringen.

Der Toni — der Goldner-Toni ist da in ihrer Hütten! Weiter kommt sie nicht mit ihren Gedanken.

Lippl, der seit einer halben Stunde fort ist, um nach einer Kalbin zu suchen, die sich wahrscheinlich verstiegen hat, stürmt in die Küche.

„Du, Rosel, die Blessin hab' ich schon — ganz drüben im Gewänd der Hinterleiten war sie, und —“

„Ja, ja, ist recht,“ unterbricht ihn Rosel ungeduldig. „Geh' nur nein in die Stuben und deck' auf. Sind Gäste gekommen, Bekannte von mir aus der Traisen herauf — da, nimm's Fleisch und was ich sonst hergerichtet hab', gleich mit hinein. Sollen halt derweil vorlieb nehmen, bis ich was gekocht hab'. Ja — und ein paar Flaschen Bier hol' aus'n Keller herüber und setz' es ihnen vor —.“

Lippl will sich entfernen, da ruft sie ihn noch einmal zurück.

„Im Wandschrank drin steht's Ziggenkistl mit'n Tabak, das stellst auch auf'n Tisch. Seine Pfeifen wird er wohl bei sich haben — mögen ja nit sein ohne rauchen, die Mannsleut.“

„Was — dem Bauer sein Tabak soll ich ihm vorsetzen? Wo der Bauer doch gesagt hat, der wär' nur für ihn selber und dürft kein anderer —“

„Sei nit fürwitzig, Bübel, und tu, was ich dir sag!“

Rosel aber schießt auf einmal wie ein Wiesel herum. Tief fährt der Löffel in den Butterschmalzkübel, sechs Eier schlägt sie in die Schüssel mit Milch und tut vom feinsten Backmehl dazu — gottlob, daß die Rosinen noch da sind, die sie vorgestern in der Eile noch schnell eingesteckt hat, damit sie dem Vater, wenn er sie heimsuchen kommt, Kaiserschmarren mit Rosinen machen kann, was er so gern ißt —.

Macht nichts, daß sie jetzt verbraucht werden. Morgen kann der Lippl andere holen vom Feistringer Kramer, aber die Zwei drin sollen was extra Gutes haben —.

In der Pfanne brodelt der Schmarren in einem ganzen See von Fett, dieweil Rosel, rot vor Eifer, Zucker stößt. Da kommt der Lippl aufgeregt aus der Stube zurück.

„Aber Rosel — das ist ja nur der Knecht vom Fuchsbichler und die — die Brandstifterin! Und wegen die machst soviel Geschichten und —“ Da hat er von Rosels Hand auch schon einen kräftigen Klaps am fürwitzigen Schnabel.

(Fortsetzung folgt.)

Pleß und Umgebung

70. Geburtstag.

Frau Agnes Burghardt, Ehefrau des Friseurmeisters Oskar Burghardt, begeht am 24. d. Mts. ihren 70 Geburtstag.

Herbstanfang.

Am 23. d. Mts. hält der Herbst seinen kalendermäßigen Einzug. Die Sonne ist in das Zeichen der Wage eingetreten und hat den Stand am Himmel erreicht, der die Mitte einnimmt zwischen ihrem höchsten Südstande zu Sommersanfang und ihrem niedrigsten bei Beginn des Winters. Man bezeichnet diesen Tag auch als Herbst-Tag- und Nachtgleiche. Die Blätter verfärben sich, das gelbe Laub fällt herunter, ein Bild des Absterbens. Den Sieg gewinnt die Finsternis über das Licht. Die Sonne ist längere Zeit unter dem Horizont als über ihm. Die Temperatur, die uns bisher von künstlichen Wärmequellen unabhängig machte, läßt erheblich nach. Auch der Herbst hat seine Annehmlichkeiten.

Deutsche Gemeindevertreter u. Vertrauensleute!

Laßt Euch nicht irreführen!

In verschiedenen Gemeinden wird man von polnischer Seite versuchen, Euch für eine sogenannte Einheitsliste zu gewinnen und Euch sogar die Zusicherung geben, daß die bisherige Anzahl der Mandate in der Gemeindevertretung erhalten bleibt. Laßt Euch dadurch nicht irreführen und geht keinerlei Bindungen ein. Die Erfahrungen bei den Kommunalwahlen im Jahre 1926 haben gezeigt, daß diese Zusicherungen nicht gehalten wurden und von polnischer Seite fünf Minuten vor Ablauf des Termins für die Einreichung der Wahllisten noch eine polnische Sonderliste eingereicht wurde, deren Stimmen dann den polnischen Parteien allein zugute kamen. Die Deutschen haben sich in ihrer Gutmütigkeit und Ehrlichkeit an die Vereinbarung, keine eigene Liste aufzustellen, gehalten und haben dabei immer den Kürzeren gezogen.

Dieses Manöver wird man auch dies Jahr versuchen. Die Erfahrungen der letzten Kommunalwahlen müßten Euch daher ein warnendes Beispiel sein.

Darum seid vorsichtig, wenn man auch bei den diesmaligen Wahlen in ähnlicher Weise versuchen sollte, Euch zu betören.

Deutsche Wahlgemeinschaft.

Schützengilde Pleß.

Die Plesser Schützengilde hält am Donnerstag, den 26. und Sonntag, den 29. d. Mts., nachmittags 2 Uhr ab, das Schießen um das August Metzner-Legat ab. Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Bürgerverein Pleß

Am Dienstag, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, hält der Bürgerverein im Hotel „Plesser Hof“ eine Mitgliederversammlung ab. In der Tagesordnung sind u. a. vorgesehen: Mitteilungen des Vorstandes, Wahl des Schriftführers, Freie Anträge. Möglichst vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Alte Fasanerie.

Am Sonntag kam es in der Alten Fasanerie, anläßlich einer Tanzlustbarkeit zu einer wüsten Schlägerei. Die streitenden Parteien zertrümmerten Fensterscheiben und demolierten Tische und Stühle. Die Polizei in Pleß wurde von dieser Schlägerei telefonisch benachrichtigt, griff aber nicht ein, da die Alte Fasanerie zum Polizeibezirk Miserau gehört.

Kino in Pleß.

Das hiesige Kino zeigt am Dienstag, den 24. und Mittwoch, den 25. d. Mts., den Film „Was Kinder den Eltern verschweigen“. In den Hauptrollen wirken: Mary Johanson, Nina Vanna, Ernst Verebes und Erich — Kaiser Titz —. Am Donnerstag, den 26. und Freitag, den 27. d. Mts., wird der Film „Die verbotene Frau“ gezeigt. Hauptdarsteller sind: Zitta Gonbar und Josef Schildkraut. Die Vorstellungen beginnen um 6 und 8,15 Uhr.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

2. Deutscher Sprechchorkursus

Angesichts der Wichtigkeit der Veranstaltung von Sprechchorkursen hat der Deutsche Kulturbund weder Kosten noch Mühe gescheut, um in der Zeit vom 3. bis 12. Oktober d. Js. in Kattowitz einen 2. Sprechchorkursus durchzuführen. Es ist der Geschäftsstelle wieder gelungen, als Leiter, den geeigneten Mann in Dr. Wilhelm Leyhausen-Berlin zu verpflichten. In Anbetracht des großen Wertes, den gerade dieser Kursus für alle Verbände hat — jede Veranstaltung kann durch Sprechchöre imposant gestaltet werden — rechnen wir mit reger Beteiligung.

Herr Dr. Leyhausen will folgende Stoffe durcharbeiten: Kleist: Herrmannschlacht. Schiller: Das Gedicht „Die Nänie“. Aus der Braut von Messina: „Brechet auf ihr Wunden“. Goethe: Faust II, den kurzen Chor „Chor und Echo“ und 2 Chöre aus dem Aischyleischen Agamemnon. Schon die Auswahl zeigt, imt welchem Ernst an die Sache herangegangen wird.

Der Kurs wird im Saale des Bibliotheksgebäudes, Kattowitz, ul. Marjacka 17, (im Hofe), in der Zeit von ½8—10 Uhr abends, abgehalten werden. Die Teilnehmergebühr beträgt 6 Zloty. Die Teilnehmerkarten sollen bis zum 28. September in der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturbundes, Kattowitz, Starowiejska 9, I, unter gleichzeitiger Erlegung der Gebühr, gelöst werden. Dienststunden täglich von 9—18 Uhr durchgehend, Sonnabend nachmittags geschlossen. Die Texte werden bei der Anmeldung ausgegeben.

Allein auf weiter Flur

Trotzdem die „Polska Zachodnia“ gleich nach Ausschreibung der Gemeindewahlen die Reklametrommel für die Schaffung der polnischen Einheitswirtschaftsfront eifrig gerührt und mit Lockungen und Strafandrohungen nicht gespart hat, hat sie bisher nur aus *drei Orten* Resultate melden können, d. h., wenn die Einberufung einer Versammlung durch die Gemeindevorsteher von Bismarckhütte Chropaczow bezw. Groß Dombrowka bereits als Erfolg gebucht werden kann. Aufmunternd hat zwar die „Polska Zachodnia“ die Frage gestellt, welche Gemeinde dem Beispiel dieser drei genannten folgen würde, aber bis jetzt ist es stille geblieben ringsumher. Ueberdies stellt es sich heraus, daß selbst in diesen wenigen Fällen mit *Bluff* gearbeitet werden mußte. Im „Kurjer Slonski“ erklärt ein Anhänger der N. P. R., namens Kowalczyk, daß sein Name auf die Liste der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung in Chropaczow zu Unrecht und ohne sein Einverständnis gesetzt worden ist, während die Vorsitzende des Polinnenvereins bei der N. P. R., Frau Kowalczyk, in der Versammlung überhaupt nicht zugegen war und dennoch auf die Liste gesetzt wurde. Die *Politik der vollendeten Tatsachen* und der zu erwartende „Druck“, falls die für die neue Partei vom Redakteur des Gustlik, kommissarischer Gemeindevorsteher und Stadtverordneter von Kattowitz in Personalunion, vorgeschlagenen Kandidaten ihre Wahl ablehnen sollten, wird jedoch ihren Zweck verfehlen, denn das sind *Methoden eines Ertrinkenden*, der nach dem Strohhalm greift.

Wie wir bereits früher betont haben, besteht für den Ausgang der Gemeindewahlen bei den Behörden und einigen Organisationen, denen die Gnadensonne der Subventionen besonders hell scheint, ein besonderes Interesse. Der 9. Delegiertenkongreß der Aufständischen hat diesem Problem viele Worte und energische Resolutionen gewidmet. Bei dieser Gelegenheit hat der 1. Vorsitzende Dr. Pawelec, die frühere Behauptung maßgebender Stellen, wonach dieser Verband lediglich humanitäre Zwecke verfolgt, lügengestraft, denn laut „Polska Zachodnia“ hat Dr. Pawelec den Aufständischenverband als politische Organisation bezeichnet, die im politischen und sozialen Leben Oberschlesiens eine wichtige Rolle spielt. Zu den Kommunalwahlen übergehend, gab er der Forderung Ausdruck, daß dort keine Politiker hineingehören, sondern parteilose Männer der Arbeit. Schlesien sei kein Gebiet für Parteiexperimente, da der Kampf gegen die Regierung zwecklos sei und nur den Deutschen Vorteile bringe.

Angesichts dieses Ergusses staatsmännischer Weisheit ist es verwunderlich, daß diese Erkenntnis den Herren vom Aufständischenverband und seinen Drahtziehern erst reichlich spät gekommen ist. Schlesien ist wirklich kein Gebiet für Parteiexperimente und die Wahrheit dieses letzten Satzes ist durch das Fiasko dreijähriger Sanacjaarbeit zur Evidenz erwiesen. In Oberschlesien denkt auch niemand daran, die Regierung zu bekämpfen, daß aber bis auf die wenigen Sanacjaanhänger eine derartige Geschlossenheit in allen Schichten der Bevölkerung vorherrscht, müßte den maßgebenden Stellen zum Bewußtsein kommen lassen, daß das System falsch ist und daher auf der ganzen Linie Ablehnung findet. Mögen daher die Anstrengungen und Geldmittel des Aufständischenverbandes, des Westmarkenvereins u. a. Organisationen bei den Gemeindewahlen noch so groß sein, sie werden nicht zum Ziele führen, weil ihrer Parole die moralische Kraft fehlt!

Interessant ist die Propaganda der Sanacjapresse, die mit ihrer lendenlahmen Begründung der Notwendigkeit einer polnischen Wirtschaftseinheitsfront sich selbst widerlegt. So sagt die Katolikpresse, daß in kommunalen Angelegenheiten wie Straßenpflasterung usw., nicht die politische Ueberzeugung, sondern das Verständnis für die Gesamtinteressen und die Verwendung der Mittel entscheidet, so daß bei geringster Belastung der Bürger der größte Nutzen für dieselben erzielt wird. Daher müsse die Wahl der Gemeindevertreter lediglich vom Standpunkt des Wertes der Persönlichkeit (?) und ihrer Fähigkeiten (?), sowie der administrativen Eignung (?) erfolgen.

Wenn diese Grundsätze von jeher für richtig erkannt worden sind, dann wundert uns nur die Tatsache, daß man sie nicht in erster Linie bei Besetzung der Bürgermeister- und Gemeindevorsteherstellen in Anwendung gebracht hat. Dr. Kocur, Bürgermeister der Großstadt Kattowitz, ist als ehemaliger Polizeioffizier auf kommunalem Gebiete ein unbeschriebenes Blatt, dasselbe gilt von Bürgermeister Grzesik in Bismarckhütte, Gemeindevorsteher Fojkis in Michalkowitz, der nur kurze Zeit bei der Starostei Kattowitz informatorisch tätig war, Gemeindevorsteher Mrozek in Knurow, der in der Kanzlei des Schlesischen Sejm gearbeitet hat, Gemeindevorsteher Jan Przybyla in Chropaczow, der als Pressereferent der Wojewodschaft überflüssig geworden war und sich seine kommunalen Kenntnisse durch Inszenierung von Streitigkeiten in der Stadtverordnetenversammlung Kattowitz angeeignet hat, Gemeindevorsteher Rybarz in Lagiewniki, der als arbeitsloser Abgeordneter notgedrungen seinen Weg von der Nationaldemokratie über die Korfanty- und Arbeitspartei zur alleinseligmachenden Sanacja gefunden hat usw.

Wenn man schon bei der Auswahl fürender Stellen so wenig auf sachliche Eignung, alles aber auf Parteizugehörigkeit gegeben hat, um wieviel schwieriger dürfte es sein, für die Gemeindevertretungen wirklich wertvolle und geeignete Arbeitskräfte zu finden?! Mit Recht fragt daher der „Kurjer Slonski“, ob denn seit 1926 die vorwiegend vom Standpunkt der Sanacja besetzten kommissarischen Gemeindevertretungen tatsächlich nur die Pflasterung von Straßen, den Bau von Krankenhäusern, Schulen, die Wohlfahrtspflege usw im Auge gehabt haben, und stellt fest, daß auf der Tagesordnung die Hauptstelle eingenommen haben: Bewilligungen von Subventionen für verschiedene Empfänge, für Anschaffung von Fahnen und Uniformen für Aufständische, für Veranstaltung von Bällen und Ankauf von Geschenken zugunsten der Sanacja-Polinnenvereine, für Wahlzwecke (Schwientochlowitz 6000 Zl.) und last not least von hohen Repräsentationsgeldern an die Gemeindeoberhäupter. Wer aber gewagt hat, gegen diese segensreiche Tätigkeit der Sanacja zu protestieren, der wurde von der „Polska Zachodnia“ als Feind des Polentums und Volksbündler verschrien. So erging es auch den Deutschen in der Stadtvertretung Kattowitz, die der Gebelaune der Sanacja im Interesse einer gesunden Finanzwirtschaft nicht ungehemmten Lauf lassen wollten und daher auseinandergejagt wurden.

Weiter sagt die Katolikpresse, daß die Bürger in der Gemeindewirtschaft das Recht haben, sich im Rahmen des Gesetzes selbst zu regieren, und die Regierung habe in den Gemeinden sehr wenig zu sagen. Sie stellt die naive Frage, welche Vorteile denn der Regierung daraus erwachsen, selbst wenn die Opposition die Mehrheit habe? — Auch wir fragen uns, wozu die maßgebenden Stellen denn soviel Kraft und Geld aufwenden, um eine Mehrheit der Sanacja durchzubringen? Und was die Regierung in den Kommunen zu sagen hat, wissen wir alle aus Erfahrung. Jeder geringste, der Regierung nicht genehme Beschluß gibt Anlaß zur Nichtbestätigung, ja zur Auflösung der Gemeindevertretungen und Ernennung einer kommissarischen lediglich zu dem Zwecke, um in der neuen Zusammensetzung dem Willen der Behörde zum Siege zu verhelfen. Hat noch irgendwo die rechtmäßig gewählte Vertretung der Bürgerschaft das Recht, sich das Gemeindeoberhaupt nach eigenem Ermessen zu wählen? Warum hat man denn z. B. in Kattowitz nicht mit der Besetzung der Stelle des 1. Bürgermeisters gewartet, bis die ordentliche Stadtvertretung wieder am Ruder war? Warum verzichtet man auf die Besetzung dieser Stellen durch freien Wettbewerb im Wege der Ausschreibung und beordert statt dessen kommissarische Gemeindevorsteher meistens gegen den Willen der Bürger in die einzelnen Kommunen? Sieht so die Freiheit und das Recht der Bürger aus, sich selbst zu regieren?

Wir wissen, weshalb die Kommunen bei den Wahlen endlich ganz unter den Einfluß der Sanacja kommen sollen! — Es handelt sich um nichts anderes, als einen einheitlichen Propagandaapparat für die Wahlen zum Schlesischen Sejm in allen Gemeinden zu schaffen. Daher sollen die Gemeindevertretungen von Parteileuten (d. h. mit Ausnahme der Sanacjaleute) gesäubert und an deren Stelle parteilose (?) Aufständische und Sanatoren gesetzt werden. Die Wirtschaft mit öffentlichen Geldern, wo die Sanatoren widerspruchslos alle Konzessionen und Subventionen für sich in Anspruch nehmen und zum Danke dafür sämtliche Wahlkosten bewilligen und „praktische“ Arbeit leisten würden, mag für viele Futterkrippenpolitiker sehr erstrebenswert sein, wird aber durch den einmütigen Willen der oberschlesischen Bevölkerung, die sich nicht länger als Ausbeutungsobjekt behandeln lassen will, zunichte gemacht werden.

Zur Frage der Umsatzsteuer

Von allen Steuerarten, wird hauptsächlich die Umsatzsteuer von den Zahlern als sehr hoch und unerträglich bezeichnet, so daß die Proteste zwecks Schaffung von Erleichterungen nicht verstummen wollen. Wie es heißt, werden z. Zt. beim Finanzministerium zwecks Novellisierung der Umsatzsteuergesetzgebung entsprechende Vorbereitungen getroffen. Es werden verschiedene Erleichterungen laut dem Projekt für den Handel vorgesehen. Angestrebt wird u. a. die Ermäßigung des Umsatzsteuersatzes im Großhandel auf 0,5 Prozent von Hundert und im Detailhandel auf 1 von Hundert. Die korrekte Führung der Handelsbücher wird zur Bedingung gemacht, in welche dann zu jeder Zeit Einsicht über den eigentlichen Charakter des jeweiligen Geschäftsbetriebes genommen werden kann. Zu bemerken ist, daß die Frage betreffend Einführung von 8 Kategorien der Gewerbescheine, an Stelle der bestehenden 4 Kategorien zur Zeit noch nicht entschieden ist. Projektiert wird ferner die pflichtmäßige Einführung der Pauschale für die kleinen Unternehmen, zwecks Entlastung der Schätzungs- und Berufungskommission, sowie überhaupt der Steuerorgane.

Namensänderung

Eine Namensänderung ist bisher nur auf Grund der im Jahre 1919 erlassenen Bestimmung statthaft, und zwar nur dann, wenn es sich um lächerliche und beschämende Namen handelt oder um solche, die gegen die Würde des Trägers verstoßen. In der Erkenntnis, daß die damalige Bestimmung eine zu weitläufige Prozedur vorsieht, ist eine entsprechende Aenderung des Gesetzes bereits in Form eines letzthin vom Sejm angenommenen neuen Gesetzes angenommen worden, das voraussichtlich noch im laufenden Jahr geltendes Recht werden dürfte. Nach diesem neuen Gesetz, das einen vorübergehenden Charakter tragen und nur 10 Jahre lang verpflichten soll, wird jeder Pole, der einen „häßlichen“ Namen hat, sich einen neuen. schöneren beilegen dürfen. Dies gilt besonders für die polnische Bauernbevölkerung, unter der es geradezu beleidigende Familiennamen gibt; der verbreitete Name „Gnoj“ (Mist) ist noch einer der anständigsten.

Im Gegensatz zu der gegenwärtigen Bestimmung sieht das neue Gesetz vor, daß von den um Namensänderung Einkommenden kein besonderer Nachweis geführt werden braucht; der Name selbst genügt, um den Antrag zu legitimieren. Auch sieht das neue Gesetzt die Befreiung des Antrages und des Aktes der vollzogenen Namensänderung im Nichtvermögensfalle von jeglichen Stempelkosten und besonderen Gebühren vor, während der Namenswechsel nach dem bisherigen Recht 220 Zloty kostet. Eine Neuheit gegenüber den heutigen Bestimmungen stellt im neuen Gesetz hingegen das Recht der Verweigerung der Namensänderung dar, von dem die Behörden Gebrauch machen können, falls es sich um historische, verbreitete oder populäre Namen handelt, oder wenn der Verdacht besteht, daß der Betreffende die Namensänderung aus verbrecherischen Gründen anstrebt. Dagegen bleibt auch im neuen Gesetz die Bestimmung bestehen, daß nichtpolnisch klingende Namen keinen Grund zur Namensänderung darstellen.

Kattowitz und Umgebung

Die „Schlacht“ auf der Schlackenhalde.

Trotz strenger Bewachung und Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen gelang es in den späten Abendstunden des 4. August d. Js. dem 22jährigen Insassen Reimund W. aus dem Arbeitshaus in Lublinitz zu flüchten. Erst am nächstfolgenden Tage wurde das Verschwinden des Häftlings bemerkt. Die Polizei wurde sofort in Kenntnis gesetzt, welche die Verfolgung nach dem Ausreißer, dessen Spuren nach Kattowitz führten, aufnahm. Bei der Verfolgung beteiligten sich gleichfalls zwei Wächter der Anstalt, welche nach längerem Suchen in der Nähe der Schlackenhalde der Ferdinandgrube in Kattowitz den Flüchtling W., der dort in „Gesellschaft“ mehrerer Kumpanen kampierte, bemerkten. Als die beiden Wärter den Ausreißer wieder einfangen wollten, sahen sie sich von mehreren Wegelagerern umringt, welche gegen die Beiden eine drohende Haltung einnahmen. Als die Beamten energisch einschritten, stürzten sich die Rowdys auf dieselben, schlugen mit Fäusten, sowie mit einer Eisenstange auf diese ein, befreiten daraufhin ihren Kameraden und jagten mit Steinen die beiden Anstaltswächter von dannen. Einer der Haupträdelsführer, sowie ein Mithelfer konnten wiedererkannt und arretiert werden. Auch den entflohenen Anstaltsinsassen Reimund W. gelang es später wieder einzufangen. Am gestrigen Montag hatten sich die beiden Schuldigen vor dem Landgericht in Kattowitz zu verantworten. Es handelt sich um die beiden Arbeitslosen Peter Choynacki und Artur W., ohne ständigen Wohnsitz. Die Angeklagten bestritten eine Schuld. Durch die geladenen Zeugen konnte der erste Angeklagte als einer der Täter wiedererkannt werden. Nach einer längeren Beratung wurde der Beklagte Ch. wegen Widerstand und Gefangenenbefreiung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt. Die Strafe wurde auf die bereits verbüßte Untersuchungshaft angerechnet. Der Mitangeklagte mußte mangels genügender Beweise freigesprochen werden.

Siemianowitz und Umgebung

Das Kinderspiel mit Schießpulver.

Bei dem stattgefundenen Unglück erlitten noch zwei weitere Knaben leichte Verbrennungen. Sechs Knaben hatten sich bei der Polizei zu verantworten. Alle im Alter von 7—13 Jahren; Dolibor Max, Anlauf Wilhelm, Michna Josef, Fonfara Josef, Augustin M. und Urbainczyk Michael. Nach ihren Angaben wollen sie die Patronen in einer Grube für Schutt und Asche gefunden haben und haben 18 Stück zu je 50 Gramm einzeln angebrannt. Als sie der Effekt nicht mehr interessierte, legten sie ungefähr 400 Gramm auf einmal ins Feuer. Der hinzugekommene Gierlas Alfred erhielt die ganze Stichflamme gegen seinen Körper. Seine Kleider fingen an der Brust Feuer, welches jedoch von zwei geistesgegenwärtigen Knaben rechtzeitig gelöscht wurde. Seine Verletzungen sind schwerer Natur, jedoch nicht lebensgefährlich. Das Augenlicht bleibt dem Unglücklichen erhalten. Bis jetzt weitere 8 Stück Pulverpatronen als gefunden abgegeben, jedoch dürfte dies nicht alles sein. Die Kriminalpolizei verfolgt eine Spur, die mit einer früheren Explosion in Verbindung stehen soll. Da Schwarzpulver in oberschlesischen Gruben nicht mehr verwendet wird, ist es schwer erklärlich, woher das Sprengmaterial stammt.

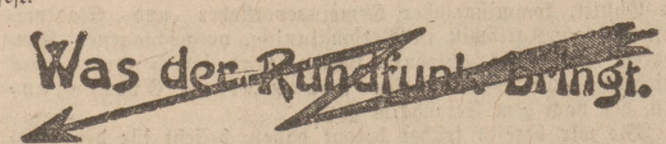
Wenn dumme Jungen Streiche machen. Auf der Poststraße fiel ein Telephondraht herab. Einige Gymnasiasten machten sich den Umstand zunutze und spannten den Draht über die Straße, so daß er in der Dunkelheit nicht bemerkbar war. Zwei Fräuleins passierten den Weg und fielen über den Draht natürlich hin, was der Zweck der Uebung war. Fräulein Walerus verstauchte sich dabei den rechten Arm. Die dummen Jungen, welche in der Nähe standen, sind erkannt und dürften die Folgen ihres Bubenstreiches zu tragen haben.

Königshütte und Umgebung

Das Auto im Schaufenster. Am Sonnabend nachmittag ereignete sich auf der ulica Jagiellonska ein nichtalltäglicher Unglücksfall. Als das Auto Sl. 9017 genannte Straße fuhr, löste sich die Gummibereifung des linken Rades, wodurch das Auto einseitig ins Schwanken kam und über den Bürgersteig hinweg in die Schaufensterscheibe des Manufakturwarengeschäfts von Gotthadts Nachfolger, Gebrüder Offner hineinfuhr. Dabei wurde die Schaufensterscheibe zertrümmert und das Auto am Vorderteil erheblich beschädigt. Besonderes Glück hatten zwei vorbeigehende Arbeiter, die während dem Anprall wie ein Blitz zur Seite sprangen und so einem Unglück entgangen sind. Der mit dem Schrecken davongekommene Chauffeur wurde hierauf polizeilich vernommen. Eine Schuld ist ihm nicht zuzuschreiben.

Die Wagendeichsel in der Straßenbahn. An der „windigen" Ecke an der ul. Wolnosci-Chrobego stieß ein Fuhrwerk mit der Straßenbahn zusammen, wobei die Wagendeichsel in das innere der Straßenbahn eindrang. Zum Glück war der Straßenbahnwagen und die Stelle schwach besetzt, so daß kein Fahrgast verletzt wurde.

Ein begehrter Artikel. Dieser Tage wurden am Marienschacht der Skarboferme mehrere Meter Kabel gestohlen. Die Polizei nahm einen gewissen Sch. K. als den mutmaßlichen Täter fest.



Kattowitz — Welle 416,1

Mittwoch. 16.20: Schallplattenmusik. 18.00: Konzert von Warschau. 19.00: Vorträge. 20.30: Konzert. 21.30: Literaturstunde. 22.15: Die Abendnachrichten, französische Plauderei.

Donnerstag. 16.30: Für die Jugend. 17.00: Schallplattenkonzert. 17.25: Vortrag. 18.00: Konzert. 19.00: Verschiedene Vorträge. 20.30: Uebertragung aus Krakau. Danach die Abendnachrichten und Tanzmusik.

Warschau — Welle 1415

Mittwoch. 12.05 und 16.30: Schallplattenmusik. 17.25: Vortrag. 18.00: Volkstümliches Konzert. 19.00: Verschiedenes. 20.30: Solistenkonzert. 21.30: Von Wilna. 22.15: Berichte, Tanzmusik.

Donnerstag. 10.05: Schallplattenkonzert. 16.30: Kinderstunde. 17.25: Zwischen Büchern. 18.00: Kammermusik. 20.30: Volkstümliches Konzert. 22.00: Berichte und Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 325. **Breslau Welle 253.**

Mittwoch. 16.00: Heimatkunde. 16.30: Kurzoper (Schallplatten), Die lustigen Weiber von Windsor. 17.30: Jugendstunde. 18.15: Musikfunk. 18.40: Stunde der werktätigen Frau. 19.05: Für die Landwirtschaft. — Kammermusik. 20.05: Blick in die Zeit. 20.30: Alt-Wiener Tänze und Neu-Wiener Operetten. 22.10: Die Abendberichte. 22.35: Funktechnischer Briefkasten.

Donnerstag. 9.30: Schulfunk. 16.00: Wirtschaftliche Zeitfragen. 16.30: Orgelstunde. 17.30: Die Uebersicht, Berichte über Kunst und Literatur. 18.15: Uebertragung aus Gleiwitz: Zeitlupenbilder aus Oberschlesien. 18.40: Hans Bredow-Schule, Wirtschaft. 19.05: Für die Landwirtschaft. — Konzert. 20.05: Stunde der Arbeit: 20.30: Weizen. 22.10: Die Abendberichte. 22.35—24.00: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp.
Katowice, Kościuszki 29.

Jenseits der Grenze

Neue Form des Einzelhandels. — Warenhaus und Einheitspreisgeschäft. — Einzelhandel und Kundenkredit.

(Westoberschlesischer Wochenendbrief.)

Gleiwitz, den 21. September 1929.

In den letzten Jahren sind im deutschen Handel mächtige Umwandlungen vor sich gegangen. Amerikanische Verkaufsmethoden haben ihren Einzug in Deutschland gehalten. Auch in Deutsch-Oberschlesien ist in den beiden letzten Jahren ein beträchtlicher Aufschwung des Handels festzustellen. Nach Fällen der Zwangswirtschaft für Läden ist zunächst ein lebhafter Umzug von Geschäften festzustellen gewesen. In allen oberschlesischen Städten wurden die alten Läden umgebaut zu neuen modernen, einladenden Verkaufsgeschäften, so daß heute Oberschlesiens Kaufmannschaft sich sehr wohl mit den Geschäften westlicher Großstädte messen kann. Vor allem haben die Schaufenster eine Umgestaltung erfahren. Sie spielen heute die Hauptrolle in jedem modernen Geschäftshaus. Das Publikum wird durch großartige Auslagen und schöne weite Schaufenster, lange Schaufensterpassagen zum Kaufen angelockt. Ein ganz neuer Typ sind die Einheitspreisgeschäfte, die von Amerika herübergekommen sind. In Oberschlesien sind jetzt bereits in allen größeren Städten solche Einheitspreisgeschäfte. Beuthen und Hindenburg besitzen schon längere Zeit diese neuen Geschäftstypen. In Oppeln ist erst in diesem Monat mitten auf dem Ring ein solches großes Einheitspreisgeschäft eröffnet worden. In Gleiwitz hat der Dollar nach ganz amerikanischem Baumuster gegenüber dem Haus Oberschlesien an der belebten Ecke der Klodnitzbrücke im Sommer in wenigen Wochen ein großes neues Geschäftshaus gebaut, das förmlich aus der Erde herausgewachsen ist. Es ist ausgeführt als Stahlgerüstbau. Bemerkenswert ist, daß die Stahlträger zu diesem Bau von der oberschlesischen Eisenindustrie, der Stahlhausabteilung der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke, geliefert wurden. Das neue Haus, das mit seinen modernen einfachen Formen und seinen 5 Stockwerken die schöne breite Wilhelmstraße von Gleiwitz um eine neue Großstadt-Errungenschaft bereichert, ist jetzt zu einem Teil bereits in Betrieb genommen worden. In das Erdgeschoß ist ebenfalls ein großes Einheitspreisgeschäft eingezogen, in dem es keinen Artikel über 50 Pfg. gibt.

Die Verkaufsmethoden dieser Einheitsgeschäfte sind außerordentlich interessant. Wie auf einem großen Jahrmarkt liegen die Waren, hauptsächlich Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs, auf den Verkaufsständen, offen und sichtbar für Jedermann aus. Jeder einzelne Verkaufsstand bildet eine kleine Abteilung für sich. Jede Verkäuferin ist hinter ihrem Stand selbstständige Geschäftsführerin. Sie verkauft nicht nur die Waren, sie verpackt sie auch und sie kassiert auch gleichzeitig das Geld dafür ein. An jedem Abend muß dann die Verkäuferin jedes Standes Inventur machen und abrechnen. Für die Käufer ist diese Verkaufsmethode zweifelsohne einfach.

Die ganze Art der Warenanbietung bringt aber vor allem den Geschäftsinhabern große Vorteile; denn sie reizt geradezu zum Kaufen an. Viele kommen in diese Geschäfte ohne jegliche besondere Kaufabsichten, um lediglich einen kleinen Bummel durch die Geschäftsräume zu unternehmen und sich den Betrieb anzusehen. Wie beim Essen der Appetit wächst, so wird aber auch hier beim Anschauen der so billig erscheinenden Einzelartikel die Kauflust gereizt, zumal ja der Käufer denkt, ach, er könne sich dies schon leisten, denn es handle sich ja immer nur um einen kleinen Geldbetrag, um 25 oder allerhöchstens um 50 Pfg. Man kauft dann dies und jenes und wenn man dann mit den kleinen Paketen diesen Einheitspreisladen verläßt und einen Blick ins Portemonnaie tut, merkt man auf einmal, daß man eigentlich recht viel Geld ausgegeben hat.

Selbstverständlich haben diese Einheitspreisgeschäfte auch für die Käufer mancherlei Vorteile. Denn es gibt dort tatsächlich Waren, die erstaunlich billig sind, aber man muß beim Einkaufen das wirklich Gute und Billige von dem unterscheiden können, das zwar auch billig anmutet, aber tatsächlich nichts wert ist, so daß man später bald diesen Tinneff-Einkauf bereut. Es gibt in diesen Einheitspreisgeschäften sehr viele preiswerte Artikel, aber es gibt auch sehr viele Artikel, die nichts wert sind, aber auch den Einheitspreis kosten. Schließlich muß es ja auch so sein, denn auch diese Einheitspreisgeschäfte können ja nichts verschenken und müssen verdienen.

Außerordentlich interessant ist auch die Personalbehandlung in diesen Einheitspreisgeschäften. Sämtliche Angestellten, sind auf Wochenlohn angestellt und können täglich gekündigt werden. Es ist dies eine ziemlich rücksichtslose Methode, aber bei der heutigen starken Arbeitslosigkeit gibt es halt sehr viele Angestellte, die trotz dieser schlechten Bedingungen diese Stellungen anzunehmen gezwungen sind.

Von den Einzelhändlern ist das Erscheinen der Einheitspreisgeschäfte in den oberschlesischen Städten nicht gerade begrüßt worden. Ganz abgesehen von der Konkurrenz wird hier sicherlich von der breiten Masse in den Einheitspreisgeschäften viel Geld ausgegeben, das natürlich der übrigen Kaufmannschaft verloren geht und die Kaufkraft für die Einzelhändler bedeutend verringert. Diese Entwicklung ist aber nicht aufzuhalten. Der Einzel- und Kleinhändler muß sich damit abfinden. Im Interesse seines Geschäftes und seiner weiteren Existenz muß der Einzelhandel bestrebt sein, seinen Käufern andere Vorteile zu bieten, die vor allem in Preiswürdigkeit und Qualität der Waren bestehen müssen. Gegenüber dem Auftreten der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte ist aber auch beim Einzelhandel die Erkenntnis des Zusammenschlusses und seiner Vorteile gewachsen.

Eine große Sorge des Einzelhandels ist es von jeher, daß sehr viele Käufer die Ware nur auf Abzahlung kaufen können. Der Einzelhandel ist aber bei der heutigen hohen Zinslasten bei strenger reeller Kalkulation nicht in der Lage, Kunden Waren auf lange Abzahlung zu verkaufen. Diese Lücke wurde bisher von den Abzahlungsgeschäften ausgefüllt, die allerdings für die Käufer den Nachteil hatten, daß die Waren meist teurer und schlechter als in den anderen Geschäften waren, weil ja eben in den Preis die Zinsquote für die Abzahlungszeit einkalkuliert werden mußte. In Zukunft soll es hier jedoch anders werden. In den drei Städten des deutsch-oberschlesischen Industriebezirkes, in Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg haben sich über 70 angesehene Einzelhandelsfirmen zusammengetan und eine Kundenkredit-Gesellschaft in's Leben gerufen. Diese Neugründung ist nach Breslauer Muster aufgezogen. Sie soll dem Käufer die Möglichkeit geben, auch auf Kredit gute und preiswerte Waren ohne Aufschlag bei jedem der angeschlossenen Geschäfte kaufen zu können, während sie den beteiligten Geschäften die sofortige Barzahlung sichert. Interessenten erhalten von der Kundenkredit-Gesellschaft für die Einkäufe in den angeschlossenen Geschäften bestimmte Kreditbriefe, deren Höhe nach dem Einkommen und den sonstigen Vermögensverhältnissen bestimmt wird, mit denen sie in bar kaufen können. Als Geldgeber und Finanzleute stehen hinter diesem Kundenkredit-Unternehmen, die drei D-Banken. Dieses neue Kundenkreditsystem ist auch eine Erfindung der Neuzeit. Es soll sich bereits gut bewährt haben und wird sich hoffentlich auch in Deutsch-Oberschlesien gut einführen.

—Wilma.—